

**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
AZ: FD7-2024-0053**

Bei dem folgenden Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 348) geändert worden ist, geprüft:

In der Stadt Melle, Gemarkung Wehringdorf, Flur 1, ist die Erneuerung einer Grabenverrohrung durchgeführt worden.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich.

Das Schutzgut Wasser in der Form oberirdischer Gewässer könnte durch die Maßnahme potenziell negativ beeinflusst werden. Bei einer Verrohrung handelt es sich grundsätzlich um einen Eingriff in ein oberirdisches Gewässer. Solche Maßnahmen können den Wasserfluss und die Funktionen des Gewässers beeinflussen. Die hier durchgeführte Verrohrung wurde fachgerecht ausgeführt und so ausgelegt, dass Regen- und Oberflächenwasser problemlos abfließen können, ohne dass es zu Überschwemmungen, Erosion oder Schäden kommt. Die Maßnahme betrifft die Erneuerung einer bereits bestehenden Verrohrung eines Entwässerungsgrabens, da eine offene Gewässerführung an dieser Stelle aus Platzgründen nicht mehr möglich war. Der Graben dient ausschließlich der Ableitung von Wasser, verläuft unter einer stark befahrenen Kreisstraße und hatte bereits vorher keine besonderen ökologischen Werte oder Lebensräume. Geschützte oder gefährdete Arten sind nicht bekannt. Insgesamt sind die Auswirkungen auf das Gewässer zwar vorhanden, werden jedoch aufgrund der örtlichen Gegebenheiten, der bisherigen Belastung und der fachgerechten Ausführung als nicht erheblich eingeschätzt. Darüber hinaus sind keine weiteren Umweltauswirkungen erkennbar. Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch bestehen nicht. Ebenso sind durch die Maßnahme keine Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sowie Fläche und Boden erkennbar. Das Schutzgut Wasser in der Form des Grundwassers ist nicht betroffen. Weiterhin sind keine negativen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Luft und Klima sowie Landschaft erkennbar. Schließlich wird auch das kulturelle Erbe und sonstige Sachgüter nicht beeinträchtigt. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind nicht erkennbar. Besonders schutzwürdige Gebiete oder Objekte im Einwirkungsbereich sind nicht betroffen bzw. nicht vorhanden.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 16.01.2026

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. Linnstädt